



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Frauen, Gleichstellung
und Sicherheit -

Tagesordnung I Punkt 1 der öffentlichen Sitzung am 28. Januar 2025

Vorlagen-Nr. 24-F-63-0014

Gewalt in der Geburtshilfe

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 28.02.2024 -

Ein Kind zu bekommen gehört für viele Eltern zur schönsten Erfahrung im Leben. Sie sollte geprägt sein von dem Vertrauen, während Schwangerschaft, Geburt und der Zeit danach sicher und gut betreut zu werden. Aufgrund von Personalmangel im Bereich der Krankenpflege, vor allem auch bei den Hebammen, kommt es aber leider immer wieder zu Situationen, in denen Gebärende bei der Geburt Gewalt erfahren. Gewalt in der Geburtshilfe kommt vor.

Diese kann sowohl auf körperlicher, als auch auf psychischer Ebene passieren. Zur körperlichen Gewalt zählen Eingriffe, die explizit nicht mit der Gebärenden abgesprochen werden - oder die (hinterher) nicht erläutert werden. Zum Beispiel ein Dammschnitt, ein Kaiserschnitt, Injektionen, das Fixieren der werdenden Mutter, das Nähen ohne Betäubung, oder auch: nicht essen oder trinken dürfen.

Zur psychischen Gewalt zählen unter anderem das Nicht Ernst nehmen, allein lassen, anschreien, die mütterliche Eignung in Frage stellen, herablassende Kommentare oder Vermitteln von Zeitdruck. Seit 2011 wird durch die Aktion „Roses Revolution“ auf das Thema Missachtung und Gewalt in der Geburtshilfe bzw. Gewalt während der Geburt aufmerksam gemacht. Wieso kommt es überhaupt zu Grenzüberschreitungen?

Ein Problem ist der bereits erwähnte Hebammenmangel: Dass eine Hebamme überlastet und mit zu vielen Gebärenden gleichzeitig befasst ist, scheint symptomatisch für die deutsche Geburtshilfe. Der Deutsche Hebammenverband sieht daher vor allem strukturelle Gründe als Ursache für Gewalt. So kann zum Beispiel die Betreuung durch eine Beleghebamme, die die Schwangere schon vor der Geburt kennt und dann auch bei der Geburt bei sich hat, der Frau einen vertrauten Rahmen geben. Insgesamt ist eine ausreichende Ausstattung der Krankenhäuser mit Hebammen eine wichtige Voraussetzung für eine selbstbestimmte, gewaltfreie Geburt.

Der Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wo gibt es Beratungsstellen für Mütter nach einer traumatischen Geburt (psychologische Unterstützung) in Wiesbaden?
2. Die Möglichkeit, diese psychologische Unterstützung auf der Webseite der LHW unter der Kategorie (Unterstützung bei Schwangerschaft und Geburt) aufzuführen, z.B. unter Verweis auf das Angebot des Frauengesundheitszentrums Sirona oder des Hilfetelons des Vereins Mother Hood
3. Wie viele Belegverträge unterhalten die Kliniken in Wiesbaden mit Begleit-Beleghebammen aktuell? Gibt es außerhalb der Belegbettenregelung Wege, eigene Hebammen zur Geburt in eine Klinik mitzubringen? Wie ist die aktuelle Versorgung?

Ergänzungsantrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG:

Der Ausschuss Frauen, Gleichstellung und Sicherheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

Neu 1.: zu berichten, ob der Landeshauptstadt Wiesbaden Berichte oder Daten über Fälle von Gewalt in der Geburtshilfe bekannt sind. Wie wird in geburtshilflichen Einrichtungen in Wiesbaden Gewalt in der Geburtshilfe definiert und erfasst?

Im Anschluss BP 1-3 des Ursprungsantrages unverändert

5. zu berichten, ob die Landeshauptstadt Wiesbaden neben Beratungsstellen weitere Präventions- und Aufklärungsarbeit bzgl. Gewalt in der Geburtshilfe leistet.

- a. Falls ja, wie sieht die Präventions- und Aufklärungsarbeit aus?
- b. Welche Pläne und Strategien werden verfolgt, um die Prävention und Intervention von Gewalt in der Geburtshilfe kontinuierlich zu verbessern?

6. zu prüfen und zu berichten, ob Bedarf an einem runden Tisch mit Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Betroffene der Landeshauptstadt Wiesbaden zum Thema Gewalt in der Geburtshilfe sinnvoll wäre.

7. Sirona e.V. in den kommenden Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit einzuladen, und dem Verein hier die Möglichkeit zu geben, einen kurzen Vortrag zum Thema Gewalt in der Geburtshilfe zu halten.

Beschluss Nr. 0004

I. Der Antrag wird in folgender Fassung angenommen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. ob der Landeshauptstadt Wiesbaden Berichte oder Daten über Fälle von Gewalt in der Geburtshilfe bekannt sind. Wie wird in geburtshilflichen Einrichtungen in Wiesbaden Gewalt in der Geburtshilfe definiert und erfasst?
2. Wo gibt es Beratungsstellen für Mütter nach einer traumatischen Geburt (psychologische Unterstützung) in Wiesbaden?
3. Die Möglichkeit, diese psychologische Unterstützung auf der Webseite der LHW unter der Kategorie (Unterstützung bei Schwangerschaft und Geburt) aufzuführen, z.B. unter Verweis auf das Angebot des Frauengesundheitszentrums Sirona oder des Hilfefonns des Vereins Mother Hood
4. Wie viele Belegverträge unterhalten die Kliniken in Wiesbaden mit Begleit-Beleghebammen aktuell? Gibt es außerhalb der Belegbettenregelung Wege, eigene Hebammen zur Geburt in eine Klinik mitzubringen? Wie ist die aktuelle Versorgung?
5. zu berichten, ob die Landeshauptstadt Wiesbaden neben Beratungsstellen weitere Präventions- und Aufklärungsarbeit bzgl. Gewalt in der Geburtshilfe leistet.
 - a. Falls ja, wie sieht die Präventions- und Aufklärungsarbeit aus?
 - b. Welche Pläne und Strategien werden verfolgt, um die Prävention und Intervention von Gewalt in der Geburtshilfe kontinuierlich zu verbessern?
6. zu prüfen und zu berichten, ob Bedarf an einem runden Tisch mit Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Betroffene der Landeshauptstadt Wiesbaden zum Thema Gewalt in der Geburtshilfe sinnvoll wäre.

II. Die Präsentation von Frau Größler (Frauengesundheitszentrum Sirona) wird zur Kenntnis genommen.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, 13.02.2025

Mechthilde Coigné
Vorsitzende

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .02.2025

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .02.2025

Dezernat IV
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dezernat II
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister